

Protokoll des digitalen ASG-Treffens 08.04.2020

1. Aktuelle Versorgungssituation

Boris fasst die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit dem neuartigen Corona-Virus SARS-CoV-2 zusammen. Maßgebliche Schritte zur Bekämpfung der Pandemie seien in Deutschland erstens die Erhöhung der Intensivkapazitäten und Beatmungsplätze gewesen und zweitens die Verschiebung der planbaren Operationen durch die Krankenhäuser, um weitere Kapazitäten zu schaffen. Die Versorgungssituation in Deutschland zeichne sich durch die im Vergleich zu anderen Ländern hohen Kapazitäten aus.

2. Gesundheitspolitische Maßnahmen in Bund und Land

Kristin skizziert die auf Bundesebene ergriffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen. Zeitgleich mit dem Herunterfahren des öffentlichen Lebens habe das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) zwei Gesetze initiiert. Mit dem „COVID19-Krankenhauserlastungsgesetz“ wolle man insbesondere die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auf Krankenhäuser auffangen. Ziel des „Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ sei gewesen, der Bundesregierung in solchen Lagen mehr Befugnisse zuzuweisen, um so die Reaktionsfähigkeit zu erhöhen. Das Gesetz ermögliche es dem BMG, Maßnahmen zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung auf dem Verordnungswege zu ergreifen. Das BMG habe diese Möglichkeit u.a. mit der "Verordnung zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Produkten des medizinischen Bedarfs bei der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Epidemie“ und der „SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung“ genutzt.

Bettina erläutert, dass es in Berlin zu diesem Zeitpunkt ca. 4000 Corona-Infektionen gebe. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei die Infektionszahl gerechnet auf die Einwohnerzahl geringer. Das Land Berlin baue derzeit ein zusätzliches Corona-Behandlungszentrum und versuche, Schutzausrüstungen zu beschaffen. Angesichts ihrer erheblichen Belastung habe der Senat angekündigt, dass die Mitarbeiter der landeseigenen Berliner Krankenhäuser Charité und Vivantes einen Bonus von 150 Euro im Monat erhielten.

3. Sammlung von Themenfeldern, in denen die ASG eine sozialdemokratische Positionierung erarbeiten sollte

Boris berichtet, dass eine Auswirkung der CoVID-19-Pandemie sei, dass das Gesundheitswesen eine deutlich höhere Aufmerksamkeit genieße. Dadurch öffne sich das politische Handlungsfenster, mit ASG-Forderungen zugespitzt an die Öffentlichkeit zu gehen. Er beschreibt die aus seiner Sicht betroffenen Themenbereiche. Nach der sich anschließenden Diskussion schlagen Bettina und Boris vor, dass der geschäftsführende Landesvorstand zu ausgewählten, für Berlin besonders relevante Punkte eine Positionierungsentwurf für die ASG Berlin erarbeitet.

4. Verschiedenes und Termine

Bettina kündigt an, dass derzeit nicht absehbar sei, wann das Parteileben wieder regulär verlaufen könne. Gegebenenfalls werde die ASG Berlin das Format im Mai daher wiederholen.